



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Sitzungsnummer	16. Sitzung
Datum	Donnerstag, den 20.09.2007
Sitzungsbeginn	18:05 Uhr
Sitzungsende	19:35 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 351 des Neuen Rathauses

Anwesend waren:

vom Gremium:

Fraktionsvorsitzende Lefèvre,	FW
Stadtverordnete Donges-Herbel,	SPD
Stadtverordnete Droß,	SPD
Stadtverordneter Pausch,	SPD
Stadtverordneter Wagner,	SPD
Stadtverordnete Viehmann,	CDU
Stadtverordnete Adamietz,	CDU
Stadtverordneter Hedderich,	CDU
Stadtverordneter Dr. Viertelhausen, (bis 19:20 Uhr)	FW
Stadtverordneter Borchers,	B90/Grüne
Stadtverordneter Wolf,	FDP

vom Magistrat:

Oberbürgermeister Dette,	FDP
Stadtrat Hauptvogel,	FW

von der Verwaltung:

Gürsch, Büro des Magistrats	ohne
Herrmann, Personal- und Organisationsamt	ohne
Bauer, Kämmerei	ohne
Simon, Kämmerei	ohne

Peters, Rechtsamt	ohne
Schäffner, Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar	ohne
Kaiser, Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar	ohne

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Hirschfelder, als Schriftführerin
Frau Häuser

ferner waren anwesend:

StvV Volck, SPD
FrkV Michalek, Bündnis 90/Die Grünen

Stellv. AV L e f è v r e eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil :

TOP 1

Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 28.08.2007

TOP 2

Nachtragshaushalt 2007

TOP 3

0585/07

Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar

2. Nachtragswirtschaftsplan 2007

I/243

TOP 4

0610/07

Standortverlagerung Stadtbetriebsamt

Grundsatzbeschluss

I/245

TOP 5

0537/07

Unterstützung und Mitgestaltung eines Gründungszentrums in Wetzlar

I/225

TOP 6

0594/07

Beitritt in den Trägerverein für das Regionale Entwicklungskonzept Lahn-Dill-Wetzlar

I/244

TOP 7

0577/07

**Nutzung von Solarenergie anhand
des Beispiels der Stadt Griesheim
Prüfungsauftrag**

I/234

TOP 8

0599/07

**Geplantes EBS-Kraftwerk
Verwertung von Abwärme durch die enwag**

I/239

- a b g e s e t z t -

TOP 9

0600/07

Förderung von Kraftwärmekopplung durch die enwag

I/240

TOP 10

0589/07

**Beurteilung der städtischen Liegenschaften
auf der Basis des „Energiepasses Hessen“**

I/236

- a b g e s e t z t -

TOP 11

0597/07

**Städtische Liegenschaften
Steigerung der Energie-Effizienz**

I/238

TOP 12

0590/07

**Vergrößerung des Pendlerparkplatzes bei Münchholzhausen
Prüfungsauftrag**

I/237

TOP 13

Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

TOP 1

Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 28.08.2007

Mitteilungen

Grundsatz zum städtischen Haushalt

OB D e t t e kündigte eine Vorlage hinsichtlich eines Grundsatzbeschlusses über die Doppik oder erweiterte Kameralistik an.

Anfragen

Bauliche Sicherheit an städtischen Gebäuden

Stv. W a g n e r erkundigte sich, ob sämtliche oder nur einige städtische Gebäude baulich untersucht worden seien. OB D e t t e erwiderte, dass eine Überprüfung städtischer Gebäude mit Holzkonstruktionen erfolgt sei. Er nahm die Anregung von Stv. W a g n e r nach einer entsprechenden Vorlage mit den baulichen und finanziellen Dimensionen an.

Niederschrift vom 28.08.2007

Die o. g. Niederschrift wurde ohne Einwendungen (11.0.0) genehmigt.

TOP 2

Nachtragshaushalt 2007

OB D e t t e teilte mit, dass die Ortsbeiräte keine Anträge zum Nachtragshaushaltsplan gestellt hätten.

Änderungsliste

OB D e t t e erläuterte die einzelnen Positionen der Änderungsliste.

Nachtragshaushaltsplan 2007

Verwaltungshaushalt

Einzelplan 0, Seite 4, Magistrat, Hhst. 1.00100.499999, Personalausgaben

Stv. W a g n e r fragte nach der Steigerung bei den Personalausgaben. OB D e t t e erläuterte, dass eine Zuordnung vom Büro des Baudezernates zum Büro des Magistrates erfolgt sei.

Einzelplan 0, Seite 11, Kassen- und Steueramt, Hhst. 1.03100.499999, Personalausgaben

Stv. W a g n e r fragte, ob nicht gesetzlich eine Nachbesetzung vorgeschrieben sei. OB D e t t e sagte eine Klärung bis zum Ältestenrat am 24.09.2007 zu.

Einzelplan 3, Seite 35, Museen, Hhst. 1.32200.499999, Personalausgaben

Stve. D r o ß erkundigte sich nach der Regelung hinsichtlich des Aufsichtspersonals. OB D e t t e erläuterte, dass die Vakanz einer Vollzeitstelle vorübergehend durch ein Überwachungsunternehmen überbrückt worden sei. Inzwischen sei die Stelle aber nachbesetzt worden und sogar eine weitere halbe Stelle zugeordnet. Durch das Viseum erfolge keine Personalausweitung, da der Eingangsbereich für das Stadt- und Industriemuseum und das Lottehaus mit in das Viseum angesiedelt worden sei.

Einzelplan 3, Seite 41, Öffentliche Büchereien, Hhst. 1.35200.171000, Zuschuss des Landes

OB D e t t e versicherte Stv. W a g n e r, dass die Mittel auch die Zuschüsse für die Stadtteilbibliotheken beinhalten.

Einzelplan 6, Seite 81, Büro des Baudezernates, Hhst. 1.60000.499999, Personalausgaben

Auf Frage von Stv. D r o ß nach der Mehrbelastung erklärte OB D e t t e, dass eine Stelle der Verkehrsplanung neu zugeordnet worden sei.

Vermögenshaushalt

Einzelplan 0, Seite 124/125, Zentraleinrichtung für Gesamtverwaltung, Hhst. 2.06200.935010, Betriebseinrichtung Fahrzeuge, Geräte u. a.

Stv. W a g n e r regte eine generelle Leasing für Dienstfahrzeuge an.

Einzelplan 3, Seite 133, Museen

OB D e t t e erklärte auf Frage der Stv. D r o ß, dass das alte Kassensystem nicht übernommen werden könne.

Einzelplan 5, Seite 141, Sportanlagen

Stv. W a g n e r fragte nach dem finanziellen Gesamtbedarf der Stadionsanierung. OB D e t t e erwiderte, dass hier vorher erst die Planungskosten eingestellt seien.

Einzelplan 6, Seite 158, Gemeindestraßen und Straßenbaumaßnahmen, Hhst. 2.63400.950100 Gestaltung Bahnhofsvorplatz Wetzlar

Auf Frage der Stv. D r o ß nach der zeitlichen Vorgehensweise informierte OB D e t t e darüber, dass voraussichtlich in 2007 mit ersten Maßnahmen begonnen werden könne. Das hänge jedoch von dem verbindlichen Zuwendungsbescheid des Landes ab. Auch erfolge die Abstimmung und der Einsatz der Bahn AG nur schleppend.

TOP 3

0585/07

Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar

2. Nachtragswirtschaftsplan 2007

StR H a u p t v o g e l verwies auf das verbesserte Ergebnis im Nachtragshaushalt, das sich aus den eingeleiteten Maßnahmen ergebe. Stv. B o r c h e r s lobte die guten und gründlichen Erläuterungen des Nachtragswirtschaftsplanes, der dadurch gut nachvollziehbar werde. Zum Antragsbeschluss beantragte er, das Wort „zugestimmt“ durch das Wort „beschlossen“ zu ersetzen, da die Stadtverordnetenversammlung das entscheidende Gremium sei.

Der Ausschuss fasste mit 11 Ja-Stimmen folgenden geänderten Beschluss:

„Der 2. Nachtragswirtschaftsplan 2007 des Eigenbetriebes Stadtreinigung Wetzlar wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.“

TOP 4

0610/07

Standortverlagerung Stadtbetriebsamt

Grundsatzbeschluss

OB D e t t e informierte darüber, dass der Bauausschuss die Festlegung auf das Hörnsheimer Eck im Beschlusstext gestrichen habe. Die Standortfrage müsse zurückgestellt werden, da die Grundstücksverhandlungen noch nicht abgeschlossen seien. Stv. B o r c h e r s drückte seine Verwunderung über die Festlegung des Standortes durch den Magistrat aus. StR H a u p t v o g e l legte dar, dass die Gremien der zuständigen Gesellschaft und Grundstückseigentümer noch nicht getagt und beraten hätten. Aufgrund des Zeitdrucks solle aber bereits ein Grundsatzbeschluss der Stadtverordnetenversammlung herbeigeführt werden.

Auf Frage der Stv. **V i e h m a n n** nach dem Zeitfenster der Umsetzung legte StR **H a u p t v o g e l** dar, dass 2007 noch die Vorplanungen erfolgen sollen. Abräumung des Baufeldes und Neubau müssten bereits Frühjahr oder Mitte 2009 erfolgen, da die Fertigstellung der Leica-Welt für Mitte 2009 vorgesehen sei.

Stv. **W a g n e r** erklärte, auch an dem Inhalt des Gutachtens der Firma Zündel und Partner interessiert zu sein. Die SPD habe bereits bei Freigabe der Mittel für die vorliegende Standortuntersuchung eine Evaluierung der damaligen Zielsetzungen gefordert. Darüber hinaus forderte er eine Darstellung der Investitionen in den Bauhof Nord, Auskunft über die weiteren Planungen hinsichtlich des Bauhofes Nord bei Aufgabe und über die Fortführung der Stützpunkte in den einzelnen Stadtteilen.

StR **H a u p t v o g e l** erklärte, dass die Stadtteile von der Maßnahme nicht betroffen seien. Die Organisationsuntersuchung beziehe sich nur auf die Betriebshöfe Süd und Nord, die Sportplatzkolonnen und die beiden Bereiche des Tiefbauamtes. Die Zusammenlegung unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten entspreche dabei ungefähr den Vorgaben der Firma Zündel und Partner. Der Bauhof Nord stehe sodann zur Disposition, wobei eine Verwendung auch im Zusammenhang mit der bestehenden Schulthematik überprüft werde. Eine Auflistung der Investitionen in den Bauhof Nord werde er nachreichen.

OB **D e t t e** gab zu bedenken, dass aufgrund der kurzen Frist für die Organisationsuntersuchung keine tiefgehende Prüfung möglich gewesen sei. Vielmehr sei eine grundsätzliche Betrachtung der drei möglichen Standorte vorgenommen und eine grundsätzliche Empfehlung ausgesprochen worden. Damit sei aufgrund der anstehenden Standortverlegung die Chance ergriffen worden, Synergieeffekte und Einsparpotentiale zu prüfen.

StvV **V o l c k** merkte an, dass die Investitionen in den Bauhof Nord im Hinblick auf die spezielle Nutzung vorgenommen worden seien, so dass eine andere Nutzung nur bedingt möglich sei. Er hinterfragte grundsätzlich die vorgeschlagene Konzeption und deren Tragfähigkeit.

Auf Frage des FrkV **M i c h a l e k** nach dem Wert des Bauhofes Süd erklärte OB **D e t t e**, dass der Mittelwert zwischen Substanz und Ertragswert des Gebäudes bei 1,7 Mio. € liege. FrkV **M i c h a l e k** bezog sich auf Seite 4, 2. Absatz, der Vorlage und die dort aufgeführten Synergieeffekte in Höhe von 330.000 €. Dieser Betrag hätte seiner Ansicht nach detaillierter dargestellt werden müssen, da sich nur aus dem Gutachten selbst die Zusammenstellung des Betrages ergebe. Dort sei unter Ziffer 91 aufgeführt, dass die 330.000 € sich aus 270.000 € Personalkosten und ca. 60.000 € Sachmittel zusammensetzen. Dieser Betrag sei zwar summarisch richtig, aber insofern irreführend, da Einspareffekte bei Personal frühestens ab 2009 und später erzielt werden können. Hier sei die Vorlage zu ergänzen.

Stv. **W a g n e r** bedauerte, dass der Magistrat seine Zusage einer Nachprüfung und Vorlegung der konzeptionellen Ausrichtung hinsichtlich des Bauhofes Nord nicht eingehalten habe, da dies Geschäftsgrundlage der Zustimmung der SPD gewesen sei. Auf seine Frage erklärte StR **H a u p t v o g e l**, dass die Straßenkolonne des Tiefbauamtes nur räumlich, nicht aber organisatorisch mit verlagert werde. Die Schlosserei dagegen werde dem Stadtbetriebsamt zugeordnet.

OB D e t t e hielt Stv. Wagner entgegen, dass innerhalb von vier Wochen keine detaillierte Aufarbeitung erfolgen konnte. Da die Stadtteile nicht betroffen seien, wurden diese auch nicht in die Untersuchung einbezogen. Wobei natürlich zukünftig grundsätzlich anderweitige Organisationsuntersuchungen möglich seien.

Stv. W a g n e r betonte, dass die SPD sich nicht gegen das Leica-Projekt aussprechen wolle, vielmehr gehe es ihm bei seiner Kritik allein um die aktuelle Vorlage. Insbesondere sei anzumerken, dass sich durch die Verlagerung die Abläufe in den Stadtteilen verzögern würden.

Stv. B o r c h e r s beantragte, die Worte „wird zugestimmt“ durch „wird beschlossen“ zu ersetzen.

Der Ausschuss fasste mit 7 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen folgenden geänderten Beschluss:

“Die Zusammenlegung der Betriebshöfe Nord und Süd des Stadtbetriebsamtes sowie die Integration der Straßenunterhaltungskolonnen und der Schlosserei des Tiefbauamtes und die damit verbundenen Standortverlagerungen/Zusammenführungen sowie der Neubau des Betriebsgebäudes werden beschlossen.“

TOP 5

0537/07

Unterstützung und Mitgestaltung eines Gründungszentrums in Wetzlar

Auf Grund des von der SPD-Fraktion eingereichten Fragenkatalogs beließ StR H a u p t - v o g e l die Vorlage im Geschäftsgang.

TOP 6

0594/07

Beitritt in den Trägerverein für das Regionale Entwicklungskonzept Lahn-Dill-Wetzlar

OB D e t t e formulierte die Vorlage, die im Magistrat hätte enden sollen, in eine Mitteilungsanfrage um.

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 7

0577/07

**Nutzung von Solarenergie anhand
des Beispiels der Stadt Griesheim
Prüfungsauftrag**

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 11.0.0

**TOP 8
0599/07
Geplantes EBS-Kraftwerk
Verwertung von Abwärme durch die enwag**

Die Vorlage verblieb im Geschäftsgang.

**TOP 9
0600/07
Förderung von Kraftwärmekopplung durch die enwag**

OB D e t t e erklärte, dass es sich um ein originäres Thema des Aufsichtsrates der enwag handele. Der Aufsichtsrat habe das Thema bislang noch nicht erörtert und es sei zwar rechtlich möglich, aber seiner Ansicht nach nicht sinnvoll, wenn die Stadtverordnetenversammlung in originäre Fragen der Preisgestaltung Einfluss nehmen wolle.

Abstimmung: 5.6.0

**TOP 10
0589/07
Beurteilung der städtischen Liegenschaften
auf der Basis des „Energiepasses Hessen“**

Die Vorlage verblieb im Geschäftsgang.

**TOP 11
0597/07
Städtische Liegenschaften
Steigerung der Energie-Effizienz**

Stv. B o r c h e r s kritisierte zunächst die Formulierung des Hauptantrages, da es fraglich sei, wie der Magistrat bei lediglich einer Minderheitsbeteiligung an Wohnungsgesellschaften die beabsichtigte Zielsetzung sicherstellen solle. Darüber hinaus lehne er den Antrag auch inhaltlich ab. Der Antrag sei auch auf Schlichtwohnungen zu beziehen, die aufgrund des sozialen Bedarfs von der Stadt weiter unterhalten werden. Finanzielle Investitionen seien in solchen Fällen aber nicht vertretbar.

Stv. W a g n e r nahm den Hinweis von Stv. Borchers auf und beließ den Antrag im

Geschäftsgang.

TOP 12

0590/07

Vergrößerung des Pendlerparkplatzes bei Münchholzhausen

Prüfungsauftrag

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 11.0.0

TOP 13

Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Nachdem keine Wortmeldungen vorlagen, schloss stellv. AV L e f è v r e den öffentlichen Teil und eröffnete den **nichtöffentlichen Teil** der Beratungen.